

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreise: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Postbestellung 2 RM. im Monat, bei Postbestellung 2 RM. 30 Pf. jährlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend 10 Pf. Die Wilsdruffer Wochenblätter werden zu jeder Zeit bezogen. Im Falle anderer Verhältnisse, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Abrechnung eingehender Geschäftsbriefe erfolgt nur, wenn diese beiliegen.

Anzeigenpreise: Die 4-spaltige Nummer 20 Rpf., die 6-spaltige Seite der ersten Bekanntmachungen 40 Reichspennig, die 8-spaltige Bekanntmachung in regelmäßiger Teilung 1 Reichspennig. Nachvertragliche Bekanntmachungen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übermitteln wir keine Garantie. Jeder Anzeigennehmer ist verpflichtet, die Anzeigen zu übernehmen und zu bezahlen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 238. — 86. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 11. Oktober 1927

## Wolken über dem Balkan.

Sogar von Krieg sprach man und die Wolken, die wieder einmal über der Südostküste Europas aufgezogen waren, erschienen so dunkel und so gefährdend, daß schon in der nächsten Minute der zündende Blitz herniederzukommen schien. Natürlich eilten von allen Seiten die europäischen „Feuerwehrlente“ herbei, um den Brand möglichst im Entstehen zu ersticken. Aber man weiß ja aus eigener Erfahrung, wie wenig dies manchmal nützt.

Aber gerade diese europäischen Großmächte sind es ja gewesen, die den Jähzorn auf dem Balkan immer höher gehäuft haben. Man hat es ja Bulgarien bitter erigelt lassen, daß es im Weltkrieg den Lockungen der Entente nicht erlag, sondern auf die Seite der Mittelmächte getreten ist. Der „Vertrag“ von Neuilly, den man sogar erst sechs Monate nach dem Versailler Vertrag zustande gebracht hatte, erfüllte die Hoffnungen der Nachbarn, die ja alle mit bulgarischer Hilfe den Waffen der Mittelmächte erliegen waren. Eingeschürrt von Rumänien, Jugoslawien und Griechenland fehlt diesem Staat die Lust zum Heimkampf. Sein Heer wurde auf 20 000 Mann herabgemindert und damit nicht einmal fähig, die langen Grenzen zu schützen. Genau wie Deutschland hatte man auch diesem Staate schwere „Reparationen“ auferlegt und mit einer scharfschnitzenden Härte eingetrieben. Die immer höher steigende wirtschaftliche Not gab bald einen ausgedehnten Boden für kommunistische Umtriebe ab und mit knapper Not, nur durch die rücksichtslose Energie der Regierung gelang Bulgarien derweil noch immer nicht ganz überwundenen Gefahr der Bolschewisierung. Attentat folgte auf Attentat, bis endlich fest durchgedrungen wurde und wenigstens einigermaßen Ruhe in dem unglücklichen Lande eintrat. Was aber nicht zur Ruhe kam, waren die Auseinandersetzungen mit den nächsten Nachbarn. Die ja seit Jahrzehnten wohlbestimmte „mazedonische Frage“ war durch den Friedensschluß von Neuilly brennender denn je geworden, weil die für kurze Zeit von der türkischen Herrschaft befreiten Mazedonier türkischen Stammes unter das mindestens ebenso schwere jugoslawische Joch kamen. Dort unten in der Südostküste Europas lodert ja die wilde Feindschaft zwischen all den verschiedenen Völkergruppen und Stämmen in ungeheurer Hitze und eine lange Kette von Mord und Brand, Raub und Plünderung kennzeichnet den Weg, den diese Feuersbrunst durch die Geschichte der letzten fünf Jahrzehnte genommen hat. Immer noch besteht ja das „Mazedonische Komitee“, das schon so oft die Veranlassung zu schweren Strifen abgab und herbeigeführt hat. Jugoslawien behauptet, daß diese Organisation, die zwar ganz im verborgenen arbeitet, aber geradezu glänzend ausgeht, heimlich die Unterführung der bulgarischen Regierung geniesse, und will daher das Kabinett in Sofia verantwortlich machen; der Druck schien unvermeidlich und die Gewehre gehen dort unten sehr leicht los. Daß man in solchen Fällen mit Bulgarien sehr kurzen Prozeß macht, beweist ja jener bulgarisch-griechische Zwischenfall, bei dem aus ähnlichem Anlaß wie dem jetzt vorliegenden griechisch-militärischen Einsatz in Bulgarien einrückte. Damals gelang es den Großmächten noch in letzter Minute, den Brand zu löschen.

Bulgarien wird natürlich, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — denn die Mazedonier sind ja größtenteils bulgarischen Blutes — den jugoslawischen Forderungen nachkommen; aber bezeichnend ist es doch, daß vor der englischen Gesandtschaft in Sofia ein gewaltiger Kundgebungszug stattfand, der von dem Mazedonischen Komitee angeregt war und an dem zahlreiche bulgarische Offiziere in Uniform teilnahmen. Man dampft die Flammen, aber man vermag sie nicht ganz zu ersticken. Heimliches Feuer brennt ja auch zwischen Jugoslawien und Albanien; doch hinter diesem kleinen Reiche steht die Großmacht Italien. Einst kümmerte sich der geübte Bürger wenig darum, wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlugen. Aber es ist anders geworden, seit das Attentat von Sarajewo den Weltbrand entzündete.

## Die Attentäter ermittelt.

Derhänger des Belagerungszustandes. Die drei Urheber des Attentats gegen den General Kawasschewitsch sind in einer Grube des Maleschgebirges in der Nähe der Straße, die von Radowitz nach der bulgarischen Grenze führt, durch die Bezirksmiliz entdeckt und angegriffen worden. Nach einem Feuerkampf, der die ganze Nacht andauerte, fanden die Angreifer im Innern der Grube zwei Leichname. Der dritte Attentäter wurde gefangen genommen und nach Schip gebracht.

Wie der „Politika“ aus Sofia gemeldet wird, erklärte der bulgarische Minister des Auswärtigen, Buroff, im Anschluß an den Schritt des jugoslawischen Gesandten, die bulgarische Regierung beabsichtige, in den Bezirken von Petritsch und Rüstendil den Belagerungszustand zu verhängen.

## Die Stärkung des Reichsgedankens

### Strefemann über Volksgemeinschaft.

Jugendtag in Porta.

Der dritte Reichsjugendtag der Deutschen Volkspartei widmete sich an der Porta Westfalica bei Minden ab. Nach einer Sitzung des Ausschusses fand am Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica ein Gottesdienst und hieran anschließend in Anwesenheit des Parteiführers, Reichsministers des Auswärtigen Dr. Strefemann, eine Kundgebung statt, die von etwa 1500 Jugendlichen der Deutschen Volkspartei aus allen Gauen Deutschlands besucht war.

### Ansprache des Reichsaussenministers.

Die Jugend der Deutschen Volkspartei, führte der Minister aus, muß sich zu dem Gedanken der Volksgemeinschaft bekennen, der das Nationale als selbstverständlich ansieht und deshalb die Vertiefung des Gegensatzes zwischen den sich national nennenden Parteien und anderen Anschauungen zurückweist gegenüber dem Gedanken der Anerkennung jeder staatsbürgerlichen Arbeit, die sich bemüht, Volk und Staat vorwärtszubringen. Nicht in dem Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Deutschland, sondern in der Vereinigung zwischen beiden liegt die Voraussetzung für deutsches Vorwärtkommen. Aus Zusammenbruch und Nachkriegszeit haben sich zwei erfreuliche Gedanken empor: die Stärkung des Reichsgedankens, das Bestreben, im Reiche aufzugehen, und der feste Zusammenhang der Volksgemeinschaft mit dem Auslandsdeutschtum.

Kameralistisch die Jugend muß sich zu dem ethischen Recht der Gleichberechtigung jedes Vorwärtstrebenden bekennen und jeden Gedanken an Bildungsbeschnitt und Aufkommen neuer Klassen gegenüber zurückweisen. Erfreulicherweise tritt der Gegensatz der Konfessionen immer mehr zurück gegenüber dem deutschen Gedanken. Unser Ideal ist nicht die Erziehung nach Konfessionen, sondern das Miteinanderleben und das Miteinanderaufwachsen aller deutschen Menschen, unbeschadet der durch Tradition und Geschichte herbeigeführten Glaubensstrennung. Unsere deutsche Jugendzeugung ist nur möglich auf vaterländischer Grundlage, darf aber nicht aufgeben in Abwertung gegen andere und in Chauvinismus, sondern muß einmünden in die große Völkervereinigung.

Wir erstreben Frieden und Verständigung unter den Völkern, verlangen aber die praktische Durchführung unserer Gleichberechtigung unter den großen Völkern der Gegenwart.

Wir bekennen uns bewußt zur Arbeit am Staat und im Staat, unbeschadet der Verbesserungsbefähigung seiner Einrichtungen und unbeschadet unserer Stellung zu den Symbolen der Vergangenheit, deren Aufgaben wir beklagen und deren Forderungen wir uns von niemandem verbieten lassen werden.

Nach der Rede des Reichsaussenministers wurde von der Versammlung stehend das Deutschlandlied gesungen. Hiernach sprachen je ein Vertreter der Subdeutschen, der Deutsch-Ostpreußen und der Saardeutschen.

### Kundgebungen.

An den Reichspräsidenten v. Hindenburg wurde ein Kundgebungstelegramm gefandt, das folgenden Wortlaut hatte: „Die Jugend der Deutschen Volkspartei sendet an ihrem dritten Reichsjugendtag an der Porta Westfalica dem Präsidium des Deutschen Reiches ihren ehrerbietigsten Kundgebungsgruß mit dem Gebührenden, seinem hohen Vorbild und ererbter Vaterlandsliebe und Pflichttreue mit allen Kräften nachzueifern.“

## Gemeindewahlen in Hamburg und in Königsberg.

Bürgerchaft und Stadtverordnete.

Sowohl in Hamburg wie in Königsberg wurden am Sonntag die Erneuerungswahlen für die städtischen Parlamente vorgenommen. In Hamburg war die Beteiligung sehr lebhaft, man berechnete, daß mindestens 75 Prozent der Berechtigten teilgenommen haben gegen 67 Prozent bei der letzten Bürgerchaftswahl im Jahre 1924. Das vorläufige Ergebnis bringt ziemlich Verschiebungen in der Mandatsverteilung. Es wurden abgegeben insgesamt 647 402 Stimmen (1924: 527 461 Stimmen). Davon entfielen auf die Kommunisten 110 115 (78 522), Demokraten 65 149 (70 622), Sozialdemokraten 244 087 (173 358), Deutsche Volkspartei 72 239 (74 834), Zentrum 9767 (8563), Deutschnationale 98 547 (90 626), Nationalsozialisten 9737 (13 495), Wirtschaftspartei 27 055, Volksrechtspartei (Aufwertung) 7706. Erheblichen Zuwachs haben Sozialdemokraten und Kommunisten, geringeren die Deutschnationale Volkspartei zu verzeichnen, während die anderen wesentlichen Parteien verloren. Die Sozialdemokraten werden vermutlich acht Mandate mehr gegen früher erhalten, die

weiter Lande der Jungtag ein Begrüßungstelegramm an Geheimrat Professor Dr. Kahl, den greisen Senior der Partei. Dem Führer Dr. Luthner in Berlin-Charlottenburg wurde von der volksparteilichen Jugend als Dank für siebenjährige Führung und zur Erinnerung an den Tag ein die Porta Westfalica darstellendes großes Eigenmäde gestiftet.

## Die Besatzungsverminderung im Rheinland

Eine Mitteilung des französischen Oberkommandierenden.

Der Berliner Anstößler ist vom Reichskommissar für die besetzten Gebiete eine Mitteilung des französischen Oberkommandierenden über die Besatzungsverminderung überreicht worden, die zunächst 4000 Mann betragen soll, denen weitere 6000 folgen sollen. Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß in dieser Mitteilung noch nicht die in Genf fest zugesicherte offizielle und endgültige Mitteilung über die Besatzungsverminderung zu erblicken sei.

In Genf ist feinerzeit durch die Regierungen der Besatzungsmächte Deutschland zur Kenntnis gebracht worden, daß die Besatzungstruppen um 10 000 Mann reduziert werden sollen, ferner in einer weiteren Mitteilung, daß die Besatzungsmächte die Durchführung dieser Reduktion bis Ende Oktober in Aussicht genommen haben. Eine weitere Mitteilung der Besatzungsmächte war uns versprochen worden, ist aber bisher noch nicht eingegangen. Die Mitteilungen, die von französischer Seite an den Rheinlandkommissar gelangt sind, sind in Berlin erst jetzt bekannt geworden. Wie weit die Mitteilungen an den Rheinlandkommissar die Absichten der Regierungen wiedergeben, ist im Augenblick nicht festzustellen.

## Das Rheinland will frei sein!

Koblenz. In seiner Begrüßungsansprache an den Reichskommissar bei der Stadtverordnetenversammlung sagte Oberbürgermeister Dr. Ruffel u. a.: Wir empfinden nach wie vor, wie unser Volkstörper von dem Fremdkörper der Besatzung kaummöglichst befreit werden muß, wenn unser heimisches Leben gesunden soll. Die Bürger der Rheinlandkommission besonders bedrückt Stadt Koblenz erklären feierlich, daß sie nur dann befreit sein wollen, wenn nicht neue Besatzungstruppen dem bisher freien Deutschland dafür auferlegt werden. Der Oberbürgermeister schilderte dann die durch die daniederliegende Wirtschaft entstandene Not der Stadt Koblenz und das Reichskommissar um Hilfe in seiner Erwiderung gab Reichskommissar Dr. Marx seinen tiefen Bedauern darüber Ausdruck, daß gerade die in der Vorkriegszeit so blühenden Städte durch die Besatzung so schwer zu leiden haben. Die Besatzungsverminderung um 10 000 Mann werde durchgeführt. Der Reichsregierung wie auch besonders dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete sei es eine schwere Sorge und unbedingte Pflicht, der Bevölkerung des besetzten Gebietes in allen Tagen beizustehen. Aber der Friedensvertrag lähme diese Bemühungen. Nur bei Fortsetzung der Politik der Verständigung könne weiteres erreicht werden. Man müsse an das Gewissen der Welt appellieren, die nunmehr nach den langen Kriegsjahren für eine neue Periode des wahren Völkerebens zu sorgen habe. Dazu gehöre vor allem auch, daß die Befreiung des Rheinlandes von der Besatzung vollständig durchgeführt werde. Zum Schluß dankte der Kommissar besonders der Bevölkerung des besetzten Gebietes für die wertvolle Treue in der schweren Zeit.

Deutschnationale Volkspartei wird trotz der gewachsenen Stimmenzahl infolge der jetzt zum ersten Male in Anwendung gelangenden Bewertung durch neue Schlüsselzahl vier Mandate verlieren, die Kommunisten gewinnen drei, die Demokraten verlieren fünf Mandate. Die regierende Koalition aus Deutscher Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten behält trotz Gesamtverlust von zwei Mandaten die Mehrheit in der Bürgerchaft.

In Königsberg wurden bei den Stadtverordnetenwahlen abgegeben für die Aufwertungspartei 1742 (letzte Wahl 0), Deutsche Volkspartei 26 555 (23 892), Mieterliste 1885 (24 585), Deutsche Demokratische Partei 4386 (5856), Evangelischer Gemeinschaftsbund 6208 (6255), Kommunistische Partei 26 958 (23 768), Zentrum 3810 (3673), Sozialdemokratische Partei 25 899 (13 336), Deutschnationale Partei 11 725 (16 919), Deutscher Neuenbund 1113 (0), Völkisch-sozialer Freiheitsklub 2412 (15 042), Reichspartei des Deutschen Mittelstandes 3332 (0), Volksrechtspartei 701 (0). Von 196 307 Wahlberechtigten haben 115 757 Wähler ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug demnach 58,8 Prozent.

Nach dem Ergebnis ist die Mandatsverteilung im neuen Königsberger Stadtparlament voraussichtlich folgende: Aufwertungspartei 1 (letzte Wahl 0), Deutschnationale Volkspartei 17 (letzte Wahl 13), Sozialdemokratische Partei 12 (letzte Wahl 13), Demokratische Partei 10 (letzte Wahl 10), Kommunistische Partei 5 (letzte Wahl 4), Deutscher Neuenbund 1 (letzte Wahl 0), Völkisch-sozialer Freiheitsklub 1 (letzte Wahl 0), Reichspartei des Deutschen Mittelstandes 1 (letzte Wahl 0), Volksrechtspartei 1 (letzte Wahl 0).